GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Christliche Verantwortung für das Volk übernehmen. Intersektionale Verschränkungen im politischen Selbstverständnis des Deutsch-Evangelischen Frauenbunds zwischen 1945–1965

Kutsche, Fabiana

2022

https://doi.org/10.25595/3934

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kutsche, Fabiana: *Christliche Verantwortung für das Volk übernehmen. Intersektionale Verschränkungen im politischen Selbstverständnis des Deutsch-Evangelischen Frauenbunds zwischen 1945–1965*, in: FZG (FZG – Freiburger Zeitschrift für GeschlechterStudien), Jg. 28 (2022) Nr: 1, 19–34. DOI: https://doi.org/10.25595/3934.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/fzg.v28i1.02

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Freiburger Zeitschrift für GeschlechterStudien 28: 19-34

Fabiana Kutsche

Christliche Verantwortung für das Volk übernehmen. Intersektionale Verschränkungen im politischen Selbstverständnis des Deutsch-Evangelischen Frauenbunds zwischen 1945-1965.

Zusammenfassung: Der Beitrag nutzt das Beispiel des Deutsch-Evangelischen Frauenbunds (DEF), um intersektionale Verschränkungen im Selbstverständnis konservativer Frauenvereine in der Anfangsphase der Bundesrepublik darzustellen. Nachdem der historische Hintergrund des Vereins skizziert wird, verwendet der Aufsatz das Beispiel der sog. Staatsbürgerlichen Lehrgänge, einem politischen Bildungsangebot des DEF für Frauen, um anhand der Lehrgangsinhalte die Überschneidung von Geschlechterbildern, Religiosität und Mechanismen der postkolonialen Differenzkonstruktion im politischen Selbstbild der Akteurinnen darzustellen.

Schlagwörter: Geschichte; Intersektionalität; Frauenbewegung; postkoloniale Theorie; Religion.

Taking on Christian Responsibility for the Nation. An Intersectional Study of the Political Self-Image of the *Deutsch-Evangelischer Frauenbund* between 1945-1965.

Abstract: This paper discusses intersectional patterns of identity formation among members of the *Deutsch-Evangelischer Frauenbund* (German Protestant Women's Group, DEF) between 1945 and 1965. After sketching out the historical background of the DEF, the article uses the example of so-called *Staatsbürgerliche Lehrgänge*, a format for political education, to discuss the impact of gender, religiosity, and mechanisms of postcolonial *Othering* on the members' political self-image in the early FRG.

Keywords: history; intersectionality; women's movement; postcolonial theory; religion.

Einleitung

Eine Leerstelle der west- und ostdeutschen Frauenbewegungsgeschichte liegt im Einbezug intersektionaler Stimmen. Seit Jahrzehnten ist die fehlende Repräsentation der Erfahrungen Schwarzer Frauen und *Women of Color*, behinderter Frauen[1] sowie der von Personen außerhalb des hetero- und cisnormativen Standards sowohl in feministisch-aktivistischen Kreisen, der akademischen Feminismus- und Geschlechterforschung als auch der historischen Frauenbewegungsforschung als anhaltendes Problem bekannt. Während sich die marginalisierten Akteur*innen dennoch zusammenschlossen, um sich über ihre Erfahrungen auszutauschen und diese zu sammeln, fanden und finden ihre Erzählun-

© 2022 Verlag Barbara Budrich. https://doi.org/10.3224/fzg.v28i1.02

gen kaum Einzug in die institutionalisierte Forschung einer ohnehin vergleichsweise prekär aufgestellten Disziplin. Auch wenn in jüngster Zeit die berechtigte Forderung nach einer stärkeren Einbindung intersektionaler und postkolonialer Perspektiven in die deutschsprachige historische Forschung und die Frauenbewegungsgeschichte geäußert worden ist (Stritzelberger 2020), unterstreicht die Tatsache, dass es sich bei diesem Einwurf keinesfalls um ein Novum handelt, die Dringlichkeit ihrer Umsetzung nur umso deutlicher.[2] Untersuchungen, die die Wechselwirkungen zwischen Rassifizierung, Rassismus und Geschlecht in der deutschen Frauenbewegungsgeschichte thematisieren, sind rar.[3]

Ein weiteres Forschungsdesiderat zur historischen Betrachtung von Geschlechterverhältnissen wurde kürzlich im Rahmen einer Publikation des Arbeitskreises „Demokratie und Geschlecht" formuliert. In einer Sonderausgabe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) arbeiteten die Autor*innen des Arbeitskreises heraus, dass die Geschichtsschreibung der frühen Bundesrepublik Deutschlands bisher nur marginal aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive untersucht worden sei (Heinemann/Steber 2021: 676). Unter die verschiedenen Themenbereiche, anhand welcher die Verschränkung der Produktion von Geschlecht als sozialer Kategorie und die Hervorhebung und Praxis von Demokratie in der frühen Bundesrepublik (ebd.: 672) besonders gut veranschaulicht werden könne, fällt laut der Historikerin Martina Steber auch die Geschichte konservativer Frauenvereine (2021: 713).

An der Schnittstelle dieser Leerstellen – der Forderung nach intersektionalen und postkolonialen Zugriffen auf die Frauenbewegungsgeschichte und der Frage nach dem Einfluss konservativer Frauenvereine in der Anfangsphase der Bundesrepublik – setzt der vorliegende Beitrag an. Ich nutze das Beispiel des 1899 gegründeten Deutsch-Evangelischen Frauenbunds (DEF)[4], um die intersektionale Verschränkung der Kategorien Geschlecht, Religion und *race* im Selbstverständnis der Vereinsmitglieder im Zeitraum 1945-1965 darzustellen. Für diese historische Mikroanalyse stelle ich in einem ersten Schritt knapp die Entwicklung der intersektionalen (Geschichts-)Forschung und der kritischen Weißseinsforschung dar. Anschließend ordne ich den DEF in den Zusammenhang der deutschen Frauenbewegungen ein und gebe einen Überblick über die historische Entwicklung des Vereins. Dabei beleuchte ich auch die Rolle der AG Evangelischer Frauen in der DDR, die bisher von der Forschung unbeachtet blieb. In dem anschließenden Analyseteil nutze ich das Beispiel der sog. Staatsbürgerlichen Lehrgänge, die vom DEF für die Vereinsmitglieder angeboten wurden, um in drei Unterkapiteln deren politisches Selbstverständnis herauszuarbeiten. Diese Überlegungen knüpfen an Martina Stebers fünfgliedriges Modell zum politischen Selbstverständnis konservativer Frauengruppen in der frühen Bundesrepublik an (2021: 715-720) und plädieren für eine mögliche Erweiterung um die Kategorie postkolonialer und intersektionaler Differenzkonstruktionen. Ein abschließendes Fazit trägt die Ergebnisse der Untersuchung zusammen und reflektiert Potenzial und Grenzen des verwendeten Quellenbestands, der gewonnenen Erkenntnisse sowie zukünftiger Forschung.

Intersektionalität und kritische Weißseinsforschung

Das Konzept der Intersektionalität hat sich in den vergangenen Jahrzehnten sowohl auf aktivistischer Ebene im Rahmen von feministischen und antirassistischen Kämpfen als auch als analytischer Forschungszugriff etabliert. Der 1989 von der Schwarzen Juristin und Aktivistin Kimberlé Crenshaw eingeführte Terminus beschreibt die Überschneidungen verschiedener Diskriminierungsformen, besonders von Rassifizierung, Klasse und Geschlecht (Crenshaw 1989). Je nach (historischem) Kontext spielen allerdings auch Faktoren wie Religionszugehörigkeit, Aussehen, Behinderung, Sexualität, Bildung und Alter eine wichtige Rolle. Mit der internationalen Zirkulation und Rezeption des Intersektionalitätsbegriffs gingen und gehen unweigerlich verschiedene regionale und kontextabhängige Adaptionen desselben einher. In den vergangenen Jahren gab es im Umfeld der Black Studies und Gender Studies vielfältige Diskussionen über den Status von Intersektionalität heute, ihre vermeintliche Entpolitisierung und Aneignung durch weiße Akademiker*innen sowie die Berechtigung von unterschiedlichen kontextspezifischen Auslegungen und der Anwendung von Intersektionalität als theoretisches Analysemodell (Davis 2020: 114).

Ein weiterer logischer Schritt in der Auseinandersetzung mit rassistischer Diskriminierung aus intersektionaler und historischer Perspektive ist der Einbezug von Weißsein als kritische Wissenskategorie. Susan Arndt definiert Weißsein als eine „Konstruktion des Rassismus, […] die kollektive Wahrnehmungs-, Wissens- und Handlungsmuster konstituiert" und sich als „eine historisch und kulturell geprägte symbolische und soziale Position, die mit Macht und Privilegien einhergeht", äußert (2005: 343). Den (unfreiwillig) markierten rassifizierten ‚Anderen' steht im rassistischen System eine vermeintlich neutrale Leerstelle gegenüber. Der von Stimmen aus den *Postcolonial Studies* und den *Critical Whiteness Studies* angeregten Thematisierung von Weißsein wurde und wird jedoch viel Gegenwehr entgegengebracht. Die Forderung, (das eigene) Weißsein als einen in bestehenden rassistischen Machtstrukturen wirksamen Mechanismus zu erkennen, zu untersuchen und zu reflektieren, wird unter Rückgriff auf vielfältige Verteidigungsmechanismen häufig abgelehnt (Arndt/Piesche 2019: 193). Zu den Gegenargumenten zählen dabei der Rückbezug auf die vermeintliche Gleichheit aller Menschen, von bell hooks auch als „myth of sameness" beschrieben, oder das Bedürfnis, andere Formen der eigenen Benachteiligung zu beweisen, um ein *white privilege* von sich weisen zu können (hooks 1992: 167).

Die fehlende Sichtbarmachung von Weißsein steht in enger Verbindung mit dem Konzept des sog. *Othering*. *Othering*, begrifflich geprägt durch Gayatri Chakravorty Spivak, beschreibt einen Prozess der Differenzkonstruktion, in welchem sich eine als ‚Wir' konstituierende Sprecher*innengruppe durch bewusste Zuschreibungen von den ‚Anderen' abgrenzt (Spivak 1985: 247). Während diese Zuschreibungen grundsätzlich auf jeder Strukturkategorie oder deren Verschränkungen basieren können, findet die Abgrenzung in (post-)kolonialen und imperialen Kontexten besonders auf Grundlage der Kategorie *race*

statt. Ein in westlichen feministischen Debatten stark verbreitetes Narrativ des *Othering* beschreiben María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan unter Verweis auf die indische feministische Theoretikerin Chandra Talpade Mohanty. Eine Erzählung, in der sich „die europäisch-christliche Frau und Gesellschaft als emanzipiert – sprich, zivilisiert – und die ‚Andere' als die zu emanzipierende" darstellt (Castro Varela/Dhawan 2009: 12), ist Bestandteil vieler weißer Diskursräume. Deutlich wird diese Verschränkung von *race*, Religion und Geschlecht im Kontext der westlichen Dominanz über die Konstruktion von sog. ‚Dritte Welt'-Subjekten, besonders Frauen (ebd.: 16).

Eine kurze Geschichte des Deutsch-Evangelischen Frauenbunds

Als die Mitte des 19. Jahrhunderts beginnende und mit Prozessen der Nationalisierung einhergehende Politisierung von Frauen (Schaser 2020: 33) um die Jahrhundertwende auch die christlichen Kirchen erreichte, formierte sich in Deutschland eine konfessionelle Frauenbewegung. In diesem Rahmen entstand 1899 der Deutsch-Evangelische Frauenbund. In den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg positionierte sich der DEF im Spannungsfeld zwischen kirchlicher Sozialarbeit und bürgerlicher Frauenbewegung. Mit dem 1906 vollzogenen Beitritt zum Centralausschuss für Innere Mission, dem größten und einflussreichsten Wohlfahrtsverband im Kaiserreich, sicherte sich der Frauenbund eine Legitimation seiner karitativen Arbeit und band sich an die Evangelische Kirche. Kurz darauf trat der DEF außerdem dem Dachverband der gemäßigten Frauenbewegung, dem Bund Deutscher Frauenvereine (BDF), bei. Insgesamt dauerte die Zusammenarbeit zwischen DEF und BDF zehn Jahre an (Kaufmann 1988: 29f.).

Nach Ende des Ersten Weltkrieges gründete der DEF im Juni 1918 gemeinsam mit anderen evangelischen Gruppen die Vereinigung Evangelischer Frauenverbände Deutschlands (VEFD). Auf gemeinsamer religiöser Grundlage engagierten sich die VEFD-Frauen nun auch politisch. Besonders zentral wurde die Anbindung an die Parteien DVP und DNVP, die vor allem durch die DEF-Vorsitzende Paula Mueller-Otfried, selbst DNVP-Abgeordnete im Reichstag, vorangetrieben wurde (Kaiser 1985: 74; Streubel 2003: 143). Das Verhältnis zwischen DEF-Frauen und Nationalsozialismus vor 1933 wird unterschiedlich eingeschätzt. Unbestritten bleibt in jedem Fall die Nähe der konservativen Frauen zu völkischem Gedankengut spätestens seit den 1920er Jahren und eine zunehmend antisemitische Haltung (Süchting-Hänger 2002: 341). Trotz einer späteren Abgrenzung bestanden zunächst Überschneidungen mit Guida Diehls Neulandbewegung[5] und radikal rassistischen Politikerinnen wie Käthe Schirmacher, die zumindest unter Vorbehalt in der Vereinszeitschrift veröffentlichen durften (Süchting-Hänger 2002: 252; Kücherer 1965).

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 fusionierte der DEF mit der Inneren Mission und stellte sich, wie auch der Katholische Frauenbund, in den Schutz der Kirche. Ab 1939 verbot das NS-Regime protestantischen Frauenverbänden sämtliche karitative Einsätze, weshalb sich die Tätigkeiten

des DEF bis zum Kriegsende auf Seelsorge, Bibelarbeit sowie die sporadische Publikation von Denkschriften beschränkten (Vechtel 1994: 208). Auch wenn die Einschränkungen der Vereinstätigkeiten während der Kriegsjahre zu Unmut unter den DEF-Mitgliedern führten und die Arbeit behinderten, zeigte sich an vielen Stellen der Vereinsführung eine unbestreitbare Kriegsbegeisterung. So weist Heike Köhler in ihrer Biografie der Vorsitzenden Meta Eyl eindeutig deren Unterstützung der Kriegs- und Außenpolitik Hitlers nach (2003: 267). Ungeklärt bleibt an dieser Stelle, inwiefern die Beobachtungen zu Meta Eyls Unterstützung der nationalsozialistischen Regierung und des Krieges auch auf die DEF-Mitglieder in den Ortsgruppen und an der Basis übertragbar sind. Eine detaillierte und vergleichende Untersuchung zu den politischen Einstellungen der DEF-Mitglieder hierzu steht noch aus.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der DEF wieder ein eigenständiger Verein (AddF: o. J.). Die zuvor vollzogene Angliederung an die Innere Mission stattete die Vereinsfrauen mit den Privilegien aus, die den Kirchen in den Nachkriegsjahren durch die Besatzungsmächte zugesprochen wurden. Auch auf nationaler Ebene schlossen sich bereits direkt nach Kriegsende die ersten Frauengruppen zusammen. 1951 entstand in Westdeutschland unter maßgeblicher Beteiligung der britischen und amerikanischen Besatzungsmächte der Informationsdienst für Frauenfragen (ID), zu dessen vierzehn Gründungsvereinen auch der Dachverband des DEF, die Evangelische Frauenarbeit Deutschland (EFD), zählte. Seit 1969 existierte der ehemalige ID unter dem Namen Deutscher Frauenrat e.V. und vereint bis heute als Dachverband eine Vielzahl von Frauenvereinen (Stoehr/Pawlowski 2002: 17).

Die DEF-Ortsgruppen der Sowjetischen Besatzungszone konnten ihre Vereinstätigkeiten direkt nach Kriegsende zunächst fortsetzen. Ab Frühjahr 1946 kam es durch Druck der Besatzungsmacht auf die Kirchen zu einer zunehmenden Erschwerung der Aktivitäten. Aus den Korrespondenzen zwischen ostdeutschen DEF-Orts- und Landesgruppen und der DEF-Geschäftsführung in Hannover geht hervor, dass die erzwungene Umbenennung der ehemaligen DEF-Gruppen zur AG Evangelischer Frauen im Mai 1946 beschlossen und ab Juni 1946 umgesetzt wurde. Clara Vogler, langjährige DEF-Aktive aus dem Raum Halberstadt, übernahm in diesem Zuge die Koordination der AG Evangelischer Frauen (Vogler 1946a; Vogler 1946b). Ab 1946 fanden in den Landesverbänden wieder regelmäßige Sitzungen statt (o. A. 1946).

Durch die Umbenennung und die damit einhergehende Auflösung aller offiziellen Verbindungen in den Westen konnten die AG-Frauen im Rahmen der bestehenden kirchlichen Strukturen ihre Arbeit mit Einschränkungen fortsetzen, auch wenn sie kein direktes Glied der Landeskirchen waren. Neben einer Zäsur durch den Mauerbau 1961, welcher sich massiv auf die Kommunikationsmöglichkeiten zwischen DEF und AG auswirkte, gilt das Jahr 1969 als zentraler Einschnitt für die Kirchen der DDR. Hier kam es zur Abspaltung der acht Landeskirchen der DDR von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die bis dato unter großen Anstrengungen aller Gliedkirchen als gesamtdeutsche Institution aufrechterhalten worden war. Fortan bildeten die acht Landeskirchen den Bund der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR (Lepp 2005: 926).

Diese Trennung führte zu einer weiteren Isolation der AG-Mitglieder. Untersuchungen zur Geschichte der AG Evangelischer Frauen allgemein sowie zu deren Positionierung im Rahmen der Frauenbewegung der DDR liegen bisher nicht vor.

Zum politischen Selbstverständnis konservativer Frauen als Staatsbürgerinnen in der Nachkriegszeit

Die Geschichte konservativer Frauenverbände in der Nachkriegszeit, zu denen auch der DEF zu zählen ist, ist bislang wenig erforscht. Ein wichtiger Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke wurde von Martina Steber (2021) vorgelegt. Das Selbstverständnis konservativer Frauen als Staatsbürgerinnen in der Nachkriegszeit fußte ihrer Untersuchung nach auf fünf Pfeilern: (1) der Erfahrung des Nationalsozialismus, (2) der Überzeugung von einer binären Differenz der Geschlechter, (3) der Annahme einer spezifisch weiblichen Aufgabe der Erziehung zur Demokratie, (4) einem christlichen Bezugsrahmen sowie (5) einer dezidiert anti-kommunistischen Haltung (ebd. 715-720). Stebers Beobachtung, dass dieses „in weiblichen Netzwerken erdacht[e] und in weiblichen Öffentlichkeiten vermittelt[e]" Modell statt der individuellen Freiheit den Fokus auf das „geordnete Gemeinwohl" (ebd.: 714) lenkte, lässt sich mit Quellen des Deutsch-Evangelischen Frauenbunds stützen.

Ein zentraler Bestandteil der Arbeit des Deutsch-Evangelischen Frauenbunds nach 1945 war die Organisation von sog. Staatsbürgerlichen Lehrgängen. Wie auch andere Frauenorganisationen der Nachkriegszeit nutzte der DEF das von der Bundeszentrale für Heimatdienst (ab 1963 Bundeszentrale für politische Bildung) finanziell unterstützte Format, um die politische Bildung und Emanzipation der eigenen Mitglieder zu fördern (Miquel 2009: 91). Mit der Zielsetzung, seinen Mitgliedern „die Probleme [der] Zeit nahezubringen" und sie zur aktiven Partizipation im öffentlichen Leben zu motivieren, fanden ab 1952 mehrmals jährlich Fortbildungen für Mitarbeiterinnen der DEF-Ortsverbände in Hannover statt (Höber 1956). Die Vorträge und Diskussionsveranstaltungen der Staatsbürgerlichen Lehrgänge deckten ein breites thematisches Spektrum ab. Zu den wiederkehrenden Themen zählten beispielsweise Fragen zum Aufbau der Bundesrepublik (Höber 1956), Möglichkeiten zur Mitwirkung an Gesetzgebungsprozessen (o. A. 1964), Fragen zur „Sittlichkeit" (Höber 1956), religiöse Aspekte und Bibelarbeit (o. A. 1961) sowie besonders häufig auch die deutsch-deutsche Teilung und die Situation von Frauen in der SBZ/DDR (Höber 1956).

Kerrin Höber betonte in einem 1956 verfassten Resümee über die Lehrgänge besonders die Verantwortung, welche die DEF-Mitglieder „als evangelische Frauen für ihr Volk" trügen (Höber 1956). Diese Intersektion von evangelischem Glauben und weiblichem Geschlecht wurde auch von Ilse Haun, ab 1950 Geschäftsführung der DEF-Zentrale in Hannover und zweite Vorsitzende des Vereins, hervorgehoben (1956):

> Evangelische Frauen, auch solche, die am Rande der Kirche stehen, sollen sich ihrer Verantwortung als Christen gegenüber der Gesellschaft und den Mitmenschen bewusst werden. Sie sollen aufwachen und begreifen lernen, dass auf ihre Mitarbeit nicht verzichtet werden kann. […] Sie sollen lernen, sich zu den aktuellen Fragen eine eigene Meinung zu bilden, damit sie als Frau, Mutter und Berufstätige einen klaren Standpunkt vertreten können. Unser Fernziel ist es, gerade bei den jüngeren Frauen die Bereitschaft zu wecken, in späteren Jahren ein Amt in der kirchlichen, sozialen oder politischen Arbeit zu übernehmen.

Die im Zitat beschriebene Verantwortung evangelischer Frauen schien in genau dieser Überschneidung zu liegen. Das geforderte Pflichtbewusstsein aller Christen, sich für die Nächstenliebe einzusetzen, wurde durch den Zusatz der spezifisch weiblichen Rollenentwürfe ‚Frau', ‚Mutter' und ‚Berufstätige' ergänzt, wodurch neben die Chance der politischen Emanzipation auch der Selbstanspruch, alle genannten Aufgaben zu vereinen, trat. Besonders die Betonung der Mutterrolle zeigt dabei, dass die Anforderungen im häuslichen Bereich weiterbestanden und nun durch Berufstätigkeit und politisches Engagement ergänzt wurden. Es ist zu vermuten, dass das Anforderungsprofil an evangelische Männer diese Komponente der mit Mütterlichkeit assoziierten Sorge- wie Hausarbeit ausschloss. So unterstreicht auch Martina Steber, dass sich „Weiblichkeit […] in einer solchen Lesart zu Mütterlichkeit [verdichtete]" und „von der aufopfernden Fürsorgeorientierung über die zugewandte Emotionalität bis hin zur Streitbarkeit und dem bedingungslosen Einsatz für die Anvertrauten" reichen konnte (2021: 717). Deutlich zeigt sich die Verschränkung der Kategorien der Geschlechterdifferenz, der spezifisch weiblichen Aufgabe der Erziehung zur Demokratie sowie des christlichen, hier protestantischen Bezugsrahmens.

Auch geht daraus hervor, dass das Alter der aktiven Mitglieder eine entscheidende Rolle spielte. Ilse Hauns Appell, der sich besonders an jüngere Frauen richtete, verdeutlicht das Nachwuchsproblem, mit dem sich der DEF konfrontiert sah. So wurde in dem Bericht eines Treffens der Landesverbandsvorsitzenden 1956 betont,

> dass etwas Entscheidendes in den nächsten 10 Jahren geschehen muss, wenn der DEF sich erhalten will. Man erkennt die Schwierigkeit, dass es früher Frauen gab, die sich nach Aufgaben sehnten, während heute wenig Menschen mehr Zeit haben. (o. A. 1956)

Der konservative Weiblichkeitsentwurf des DEF in der Nachkriegszeit schien für jüngere Frauen wenig attraktiv. Möglicherweise lag dies auch daran, wie Steber erarbeitete, dass der Bezugspunkt der Erfahrung des Nationalsozialismus für jüngere Frauen, die den NS als Kinder und Jugendliche erlebt hatten, als Abgrenzungsfolie nicht griff (2021: 715). Als Gegenmaßnahme wurde in dem Bericht eine Stärkung des Patriotismus vorgeschlagen und betont, dass „wieder die Liebe zum Vaterland geweckt werden [müsse]", da dies „auch früher die Triebkraft gewesen" sei (o. A. 1956).

Die rassifizierte Debatte um Südafrika im Programm der Staatsbürgerlichen Lehrgänge

Eine Möglichkeit, ein Gemeinschaftsgefühl unter den DEF-Mitgliedern herzustellen, bestand durch Abgrenzung von rassifizierten ‚Anderen'. Neben der Bezugnahme auf das Geschlecht (weiblich) und die Religion (christlich, evangelisch) geschah dies auch über den Aspekt des Weißseins.[6] So wurde ab 1957 die sog. ‚Rassenfrage' zu einem häufig diskutierten Thema im Vortragsprogramm des DEF. Vorrangig wurde dazu Friedrich Hübner (1911-1991), Theologe und späterer Landesbischof Schleswig-Holsteins, als Redner nach Hannover eingeladen. Unter Titeln wie „Streiflichter zur Rassenfrage", „Die Rassenfrage als Problem der sozialen Umwälzung", „Farbige und Weisse in Afrika" und „Afrika. Land der Spannungen" referierte der ehemalige Missionar Hübner vor den Teilnehmerinnen der Staatsbürgerlichen Lehrgänge (o. A. 1957; o. A. 1958b; o. A. 1960). Teilweise wurden gleichbetitelte Vorträge auch von anderen Referentinnen gehalten, wie beispielsweise 1958 von der Vikarin Elma Waubke (1927-2015), wobei unklar bleibt, ob der Vortragsinhalt dabei auf Hübners Vorarbeiten beruhte oder selbst entwickelt wurde (o. A. 1958a).

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand dabei oft die politische Situation Südafrikas, dessen rassistisches Apartheidsystem zu dieser Zeit zunehmend globale Betrachtung fand.[7] Ein Beispiel dafür ist der im September 1957 gehaltene Vortrag „Die Rassenfrage als Problem der sozialen Umwälzung". Friedrich Hübner begann seine Ausführungen mit einer Erklärung der Situation der sog. Buren. Diese Afrikaans sprechenden europäischen Einwanderer*innen seien entgegen der gängigen Meinung keine „Eindringlinge" in Südafrika, sondern ab Ende des 18. Jahrhunderts berechtigterweise „in einen menschenleeren Raum hinein gestoßen [sic]", in dem „nur vereinzelt Buschmänner wohnten". Später sei es dann zu einem bewaffneten Konflikt mit den „Bantustämme[n]" und englischen Siedler*innen gekommen, womit sich Hübner vermutlich auf die sog. Burenkriege 1880/81 und 1899-1902 bezieht. Inzwischen stünde dem kleinen Anteil der weißen Bevölkerung (3 Mill., zusammengesetzt aus „Buren" und „Engländern") eine Schwarze Bevölkerung von 12 Mill. gegenüber, die Hübner mit der rassistischen N-Bezeichnung beschreibt.[8] Die deshalb von den Buren durchgesetzten Segregationsbestimmungen würden „in ihrer ganz strengen Rassentrennung" jedoch nicht nur zur „Rettung der Weißen" bestehen, sondern auch das „heimatliche Milieu" der „N." erhalten und damit zum Schutz der Schwarzen Bevölkerung beitragen. Eine Gefährdung dieses Systems läge in der heimlichen Unterstützung der Engländer für die „N.", durch welche die Buren es besonders „schwer" hätten. Die Vermittlungsarbeit zwischen den Fronten sei jetzt Aufgabe von Wirtschaft und Kirche (o. A. 1957).

Aus diesem Vortragsprotokoll geht hervor, dass der Beitrag Friedrich Hübners als wissenschaftlicher Vortrag verstanden wurde, der über eine politische Sachlage aufklärt. Dadurch, dass Hübner als ‚Experte' vor den Teilnehmerinnen sprach, blieb die vermeintlich neutrale Erzählung unhinterfragt. Die Gruppe empfand demnach sowohl die ursprüngliche Landnahme als auch die in Folge der Konflikte gewaltvoll etablierte rassifizierte Segregation zwischen

Schwarzer und weißer Bevölkerung als gerechtfertigt, um die eigenen weißen Interessen zu schützen. Der Hinweis auf die große Differenz in den Bevölkerungszahlen positionierte die Weißen zusätzlich in einer Opferrolle. Weiterhin wurde durch die besondere Hervorhebung der Hilfspflicht der Kirche direkt an das Gewissen der Zuhörerinnen appelliert und verdeutlicht, dass ein Eingreifen in den Konflikt zum christlichen Auftrag gehöre. Die Geschlechterhierarchie zwischen männlichem Experten und weiblichen Zuhörerinnen löste sich dort auf, wo alle als weiß und christlich positionierte Deutsche zusammenkamen: in der durch Rassifizierung begründeten Deutungs- und Handlungshoheit über die Schwarze Bevölkerung Südafrikas. Die in der Begründung dafür verschmelzenden religiösen und rassistischen Argumente im Sinne einer christlichen weißen Vorherrschaft benannten jedoch nicht, welche konkreten Formen der kirchliche Einsatz der DEF-Frauen annehmen könnte.

Eine mögliche Antwort bietet ein Ausblick über den zeitlichen Untersuchungsrahmen hinaus. Im Zuge der sog. ‚Dritte-Welt-Bewegung' im Laufe der 1970er Jahre entstand in der BRD eine Reihe christlicher Formate des Anti-Apartheid-Protests, zu denen auch der Dachverband des DEF, die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland, beitrug. Die ab 1978 aufmerksamkeitswirksam durchgeführte und erfolgreiche Boykottaktion von Früchten aus Südafrika löste eine Reihe von Konflikten innerhalb der EFD sowie der EKD aus (Tripp 2015: 116). Der Deutsch-Evangelische Frauenbund gehörte zu den wenigen Mitgliedsorganisationen der EFD, die jährlich erfolglos *gegen* die Boykottaktion stimmten (ebd.: 150-151) und damit eine gewohnt konservative Stellung bezogen.

Auch wenn an dieser Stelle nicht weiter auf die Ablehnung der Boykottaktion durch den DEF eingegangen werden kann, wird deutlich, dass im Rahmen der Emanzipationsbewegungen der 1970er auch neue Verhandlungen über Formen der *agency* von evangelischen Frauen stattfanden. Für einen Großteil der EFD-Mitglieder schien nun eindeutig, dass die strukturelle rassistische Gewalt des Apartheidsystems zu verurteilen sei. Im Gegensatz zu den DEF-Mitgliedern Ende der 1950er Jahre nutzten andere EFD-Akteurinnen mit dem Boykott jetzt proaktiv eine Form des antirassistischen politischen Protests. Ein möglicher Erklärungsansatz für die anhaltend ablehnende Haltung des DEF liegt in der bereits 1956 von Ilse Haun prognostizierten Generationenproblematik (o. A. 1956), die im vorherigen Kapitel besprochen wurde. Geeint blieben die unterschiedlichen Positionen jedoch in der Überzeugung davon, einen Auftrag zur Nächstenliebe für und zur Rettung von rassifizierten ‚Anderen' zu tragen. Ein weiterer Ausdruck dessen wird im nächsten Kapitel in Form der sog. ‚Entwicklungshilfe' diskutiert.

Die ‚Gefahr': Bevölkerungsentwicklung in der ‚Dritten Welt'

Ab den 1960er Jahren griffen DEF-Mitglieder verstärkt Themen der sog. ‚Entwicklungshilfe'[9] auf und spiegelten damit ein gesamtgesellschaftliches Phänomen (Bohnet 2019: 41). Bei einer Staatsbürgerlichen Tagung in Berlin referierte Ilse Haun 1965 beispielsweise über „die politische Bedeutung der soge-

nannten Bevölkerungsexplosion in Asien und Afrika“. In der anschließenden „Aussprache“ – dies bezeichnet die auf das Referat folgenden Diskussionen der Teilnehmerinnen – sammelten die Hörerinnen Ideen zu ihrer Beteiligung als Frauen an der ‚Entwicklungshilfe‘ (o. A. 1965). In der AG Evangelischer Frauen wurde die „Bevölkerungsexplosion“ schon 1964 zum Thema einer Rüstzeit[10]. Helene Keiner berichtete darüber:

> In weiten Gebieten von Asien, Afrika und Lateinamerika aber müssen wir von einem Überdruck, von einer Bevölkerungsexplosion sprechen. Diese Worte kennzeichnen die Gefahr. Die Christen sind zur Verantwortung aufgerufen, unsere Partnerschaft ist angesprochen (Brot für die Welt). Die Hilfe fängt mit geistig-wissenschaftlicher Erforschung an, die Anleitung zur Selbsthilfe muß ihr folgen.

Die hier verwendeten Formulierungen „Überdruck“, „-explosion“ und „Gefahr“ zeichnen ein drastisches Bild und fügen sich in verbreitete bevölkerungspolitische Diskurse der Nachkriegszeit ein. Darin wurde ein enger Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum in den sog. ‚Entwicklungsländern‘ und einer Gefahr der Sicherheit der westlichen Welt hergestellt (Frey 2007: 139). Marc Frey schreibt diesen Diskursen eine doppelte Bedeutung zu. In Anlehnung an Susan Greenhalgh (1996: 27) müsse die globale Politik der Bevölkerungskontrolle nach 1945 als „reproduktive Westernisierung“, also die „globale Durchsetzung der westlichen Norm, dass Kleinfamilien die Basis der Gesellschaft seien“, verstanden werden. Zusätzlich sei die Bevölkerungspolitik aber auch Ausdruck sozialer, kultureller und ethnischer Differenzierung und Hierarchisierung gewesen (2007: 140; 158).

Sowohl bei Ilse Haun als auch bei Helene Keiner wurden diese westliche Deutungshoheit und Überlegenheit vorausgesetzt. Es bedürfe der „geistig-wissenschaftliche[n] Erforschung“ durch westliche Experten, so Keiner (1964), um angemessen auf die Situation zu reagieren. In einem Positionspapier formulierte Irmgard Berchem stellvertretend für den DEF noch deutlichere Überlegungen zu den Themen Elternschaft und ‚Dritte Welt‘. Sie sprach sich darin für ein Eingreifen in die Geburtenpolitik der ‚Entwicklungsländer‘ aus, da „die Eingeborenen […] erst nach und nach zu einer verantwortlichen Elternschaft erzogen“ werden könnten (Berchem o. J.). Eindeutig zeigt sich hier die Verknüpfung von alterisierenden und rassistischen Zuschreibungen, durch die die eigene Überlegenheitsüberzeugung der Sprecherin zum Ausdruck kommt (Ofuatey-Alazard 2019: 683). Aber auch in Formulierungen wie „Partnerschaft“ und „Hilfe zur Selbsthilfe“ (Keiner 1964), die eine vermeintliche Gleichberechtigung implizieren, drückt sich ein Fortleben kolonialer Zivilisierungsmissionen und Herrschaftstechniken aus, die auch in den postkolonialen Staaten der 1950er und 60er Fortsetzung fanden (Büschel 2009: 200).

Die Begründung für den postulierten Handlungsbedarf wurde dabei auf unterschiedliche Weise konstruiert. Helene Keiner hob vor allem die Zugehörigkeit zum christlichen Glauben als Motiv hervor und sprach von einer christlichen „Verantwortung“ zur „Partnerschaft“. Dies deckte sich mit der Philosophie der 1959 gegründeten evangelischen Hilfsorganisation Brot für die Welt, auf die

sie sich ebenfalls bezog (Bohnet 2019: 45). Bei Ilse Haun stand mit der Frage nach spezifisch weiblichen Handlungsmöglichkeiten der geschlechtliche Aspekt stärker im Mittelpunkt. Beide Ansätze eint die Überzeugung einer christlichen Zivilisierungsmission, die auch im postkolonialen Zeitalter greifen sollte.

Fazit

Der vorliegende Beitrag nutzte das Beispiel des Deutsch-Evangelischen Frauenbunds, um intersektionale Verschränkungen im Selbstverständnis konservativer Frauenvereine in der Anfangsphase der Bundesrepublik darzustellen. Besonders deutlich trat in der Idee und dem Programm der Staatsbürgerlichen Lehrgänge die Überschneidung von Annahmen zu Geschlecht (binäre Geschlechterdifferenz, spezifisch weibliche Aufgabe der Erziehung zur Demokratie) und Religion/ Konfession (Christliche Verantwortung der Kirche und Welt gegenüber) hervor. Darüber hinaus wurde deutlich, dass durch das Aufgreifen entwicklungspolitischer Themen Überzeugungen von westlicher und weißer Überlegenheit ausgedrückt und reproduziert wurden. Die Abgrenzung von ‚Anderen', seien es Männer, seien es Atheist*innen oder Angehörige anderer Religionen, seien es nicht-weiße Personen, wirkte als identitätsstiftender Faktor für die evangelischen Frauen und bestimmte das (politische) Selbstverständnis in der Frühphase der BRD.

Eine Erweiterung von Martina Stebers fünfgliedrigem Modell um intersektionale und postkoloniale Perspektiven bietet somit die Möglichkeit, die konservativen Akteurinnen nicht nur im politischen Milieu der deutschen Nachkriegsgesellschaft zu positionieren, sondern auch offenzulegen, dass es sich dabei um die Verortung in einem System weißer Dominanzkultur handelt. Die Sichtbarmachung der Funktion von rassistischen Fremdzuschreibungen, die neben den genannten fünf Pfeilern die Identitätskonstruktion der untersuchten Akteurinnen maßgeblich prägten, verdeutlicht auch, dass die vertretenen Ideen von Demokratie und Staatsbürgerschaft in der frühen BRD nicht losgelöst von nationalen und rassifizierten Identitätsentwürfen gedacht werden können. Durch den Untersuchungsgegenstand der Staatsbürgerlichen Lehrgänge, die von der DEF-Geschäftsstelle und den höheren Mitgliedern organisiert wurden, beschränken sich die gemachten Beobachtungen allerdings auf eine Gruppe von politisch aktiven Frauen mit einem ungewöhnlich hohen Bildungsgrad und relativer Autonomie. Anschließende Studien sollten Unterschiede im Selbstverständnis zwischen den Ortsgruppen und der Vereinsleitung miteinbeziehen. Auch der von Steber hervorgehobene Aspekt des dezidierten Antikommunismus, der sich meiner Einschätzung nach ebenso deutlich beim DEF zeigt, konnte in diesem Beitrag nicht untersucht werden. Aus Platzgründen musste auch auf einen Vergleich der west- und ostdeutschen Vortragsprogramme verzichtet werden. Lediglich im letzten Unterpunkt wurde das Beispiel einer ostdeutschen Rüstzeit miteinbezogen – der Quellenbestand zur AG Evangelischer Frauen bietet sich hier für eine zukünftige vergleichende Studie an. Die von mir beschriebenen Beispiele postkolonialer Differenzkonstruktionen und Weißseins sollten

zusätzlich in Verbindung zur evangelischen Missionsgeschichte gesetzt werden und darüber hinaus im Rahmen einer größeren Studie zum DEF sowie anderen konservativen Frauenorganisationen untersucht werden. Somit könnte aufgezeigt werden, dass Weißsein und die Kategorie *race* auch in der Frauenbewegung der frühen Bundesrepublik vor allem in der Projektion auf rassifizierte ‚Andere' eine Rolle spielten.

Korrespondenzadresse

Fabiana Kutsche
fabiana.kutsche@uni-koeln.de

Universität zu Köln
Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln

Anmerkungen

1 Ich habe an dieser Stelle den Ausdruck „behinderte Frauen" (*identity-first language*) statt „Frauen mit Behinderung" (*person-first language*) gewählt, um die spezifische Intersektion zwischen ableistischer Diskriminierung und Geschlecht sichtbar zu machen. Je nach Kontext werden beide Formulierungen von Betroffenenverbänden empfohlen. Siehe Leidmedien.de (o. J.): Begriffe über Behinderung von A bis Z. <https://leidmedien.de/begriffe/> (Zugriff: 17.03.2022).

2 Zu den wichtigsten Einwürfen ab Mitte der 1980er Jahren zählen u.a. der 1986 erstmalig erschienene Klassiker der afrodeutschen Frauenbewegung „Farbe bekennen" (Ayim/Oguntoye/Schultz 2020) sowie die Sammelbände „Entfernte Verbindungen" (Hügel et al. 1993) und „Spricht die Subalterne Deutsch?" (Steyerl/Gutiérrez Rodríguez 2003).

3 Einzig für die Zeit des deutschen Kolonialismus ist das Verhältnis von Geschlecht und Weißsein verhältnismäßig gut erforscht. Vgl. u.a. Frances Gouda (1933): „Das ‚unterlegene' Geschlecht der ‚überlegenen' Rasse", Lora Wildenthal (2001): „German Women for Empire", Katharina Walgenbach (2005): „Die weiße Frau als Trägerin deutscher Kultur", Annette Dietrich (2007): „Weiße Weiblichkeiten" oder Eva Bischoff (2011): „Kannibale Werden".

4 Von 1899 bis 1969 Deutsch-Evangelischer Frauenbund (D.E.F.B.), danach und fortlaufend Deutscher Evangelischer Frauenbund (DEF). Zum besseren Verständnis wird im weiteren Verlauf des Aufsatzes durchgängig die Abkürzung DEF verwendet; dies entspricht der Literatur zum Thema.

5 Bei der sog. Neulandbewegung (NLB) handelte es sich um eine von dem ehemaligen DEF-Mitglied Guida Diehl gegründete evangelische Frauengruppierung aus dem Spektrum der völkischen Jugend- und Reformbewegung, die während des Ersten Weltkriegs ent-

stand. Im Laufe der 1920er Jahre radikalisierte sich die auch vorher schon deutlich rassistische und antisemitische Gruppenausrichtung. Ab 1931 bekannte sich die NLB offen zum Nationalsozialismus (Streubel 2003: 146 f.).

6 Soweit dies aus dem Quellenmaterial ableitbar ist, ist davon auszugehen, dass es unter den westdeutschen DEF-Mitgliedern keine Schwarzen Frauen und *Women of Color* gab.

7 Der Zeitpunkt der Auseinandersetzung des DEF mit Südafrika in den späten 1950er Jahren ist laut Sebastian Tripp erstaunlich früh. Zwar wurde das Thema in Deutschland besonders im protestantischen Milieu bald besprochen, doch habe die breite Diskussion erst Anfang der 1970er begonnen (2015: 8).

8 Das N-Wort wird in diesem Text orthografisch entfremdet, um die Reproduktion rassistischer Sprache zu vermeiden. Vgl. dazu auch die Überlegungen von Pablo Schmelzer (2021: 21f.).

9 ‚Entwicklungshilfe' und ‚Entwicklungsland' werden hier ebenso wie ‚Dritte Welt' als Quellenbegriffe verwendet und durch Anführungszeichen gekennzeichnet. Einführende Erläuterungen zum kolonialen und rassistischen Hintergrund der Begriffe finden sich bei Daniel Bendix (2019).

10 Der Begriff bezeichnet ein Format christlicher Ferienfreizeiten, das nach 1945 vor allem in der SBZ/ DDR verbreitet war.

Literatur

Unveröffentlichte Primärquellen

o. A. (1946): Einladung zur Arbeitsbesprechung des Verbands Sachsen-Anhalt am 16.11.1946 in Halle/ Saale. AddF NL-K-16, I-159.

o. A. (1956): Sitzung mit Landesverbandsvorsitzenden anlässlich der Tagung 03/1956. AddF NL-K-16, E-11.

o. A. (1957): Abschlussbericht Staatsbürgerlicher Lehrgang (09/1957) in Hannover. AddF NL-K-16, E-11.

o. A. (1958a): Abschlussbericht Staatsbürgerlicher Lehrgang (02/1958) in Hannover. AddF NL-K-16, E-11.

o. A. (1958b): Abschlussbericht Staatsbürgerlicher Lehrgang (09/1958) in Hannover. AddF NL-K-16, E-11.

o. A. (1960): Abschlussbericht Staatsbürgerlicher Lehrgang (10/1960) in Hannover. AddF NL-K-16, E-11.

o. A. (1961): Abschlussbericht Staatsbürgerlicher Lehrgang (10/1961) in Hannover. AddF NL-K-16, E-11.

o. A. (1964): Abschlussbericht Staatsbürgerlicher Lehrgang (11/1964) in Hannover. AddF NL-K-16, E-12.

o. A. (1965): Abschlussbericht Staatsbürgerlicher Lehrgang (02/1965) in Berlin. AddF NL-K-16, E-12.

Berchem, Irmgard (o. J.): Verschiedene Fragen und Antworten. AddF NL-K-16, A-317.

Haun, Ilse (1956): Schriftliches Resümee über die Staatsbürgerlichen Lehrgänge (Herbst 1956). AddF NL-K-16, E-11. https://doi.org/10.1515/zna-1956-0803.

Höber, Kerrin (1956): Schriftliches Resümee über die Staatsbürgerlichen Lehrgänge (Frühling 1956). AddF NL-K-16, E-11.

Keiner, Helene (1964): Sommerrundbrief Sachsen-Anhalt 1964. AddF NL-K-16, I-160.

Sekundärliteratur

AddF – Forschungsinstitut und Dokumentationszentrum (o. J.): Deutscher Evangelischer Frauenbund (seit 1899). An der Schnittstelle von Protestantismus und Frauenbewegung. <https://www.addf-kassel.de/dossiers-und-links/dossiers/dossiers-organisationen/deutscher-evangelischer-frauenbund-def/> (Zugriff: 04.12.2021).

Arndt, Susan (2005): Mythen des weißen Subjekts. Verleugnung und Hierarchisierung von Rassismus. In: Eggers, M. M. et al. (Hrsg.): Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland. Münster: Unrast, S. 340-362.

Arndt, Susan/Piesche, Peggy (2019): Weißsein. Die Notwendigkeit Kritischer Weißseinsforschung. In: Arndt, S./Ofuatey-Alazard, N. (Hrsg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster: Unrast, S. 192-193.

Ayim, May/Oguntoye, Katharina/Schultz, Dagmar (2020): Farbe bekennen. Afrodeutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, schwarz bewegt. Berlin: Olanda Verlag.

Bendix, Daniel (2019): Entwicklung/ entwickeln/ Entwicklungshilfe/ Entwicklungspolitik/ Entwicklungsland. In: Arndt, S./Ofuatey-Alazard, N. (Hrsg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster: Unrast, S. 272-278.

Kücherer, Lena (1965): Bericht über Ortsgruppe Herrnhut. AddF NL-K-16, A-296.

Vogler, Clara (1946a): Brief an Margarete Haccius (01.05.1946). AddF NL-K-16, J-222.

Vogler, Clara (1946b): Brief an Meta Eyl (23.05.1946). AddF NL-K-16, J-222.

Bohnet, Michael (2019): Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik. Stuttgart: UTB. https://doi.org/10.36198/9783838551388.

Büschel, Hubertus (2009): Eine Brücke am Mount Meru: Zur Globalgeschichte von Hilfe zur Selbsthilfe und Gewalt in Tanganjika. In: Büschel, H./Speich, D. (Hrsg.): Entwicklungswelten. Globalgeschichte der Entwicklungszusammenarbeit. Frankfurt/M: campus, S. 175-206.

Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2009): Feministische Postkoloniale Theorie: Gender und (De-)Kolonisierungsprozesse. Europa provinzialisieren? Ja, bitte! Aber wie? In: femina politica 2, S. 9-18.

Crenshaw, Kimberlé (1989): Demarginalizing the Intersection of Race and Sex. A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. In: University of Chicago Legal Forum 1, S. 139-167.

Davis, Kathy (2020): Who owns intersectionality? Some reflections on feminist debates on how theories travel. In: EJWAS 27, 2, S. 113-127. https://doi.org/10.1177/1350506819892659.

Frey, Marc (2007): Experten, Stiftungen und Politik: Zur Genese des globalen

Diskurses über Bevölkerung seit 1945. In: Zeithistorische Forschungen 4, 1-2, S. 137-159.

Greenhalgh, Susan (1996): The Social Construction of Population Science: An Intellectual, Institutional, and Political History of Twentieth-Century Demography. In: Comparative Studies in Society and History 38, S. 26-66. https://doi.org/10.1017/S0010417500020119.

Heinemann, Isabel/Steber, Martina (2021): Geschlecht und Demokratie. Deutungskämpfe um die Ordnung der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: VfZ 69, 4, S. 669-678. https://doi.org/10.1515/vfzg-2021-0043.

Hooks, Bell (1992): Black Looks. Race and Representation. Boston MA: South End Press.

Kaiser, Jochen-Christoph (1985): Frauen in der Kirche: Evangelische Frauenverbände im Spannungsfeld von Kirche und Gesellschaft 1890-1945. Quellen und Materialien. Düsseldorf: Schwann.

Kaufmann, Doris (1988): Frauen zwischen Aufbruch und Reaktion: Protestantische Frauenbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. München: Piper.

Köhler, Heike (2003): Deutsch – Evangelisch – Frau. Meta Eyl – eine Theologin im Spannungsfeld zwischen nationalsozialistischer Reichskirche und evangelischer Frauenbewegung. Neukirchen-Vluyn: Neukirchener Verlag.

Leidmedien.de (o. J.): „Begriffe über Behinderung von A bis Z". <https://leidmedien.de/begriffe/> (Zugriff: 17.03. 2022).

Lepp, Claudia (2005): Tabu der Einheit? Die Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und die deutsche Teilung (1945-1969). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. https://doi.org/10.13109/9783666557439.

Miquel, Beate von (2009): Aufbruch in die Demokratie. Politische Partizipation in evangelischen Frauenverbänden nach 1945. In: Friedrich, C./Kramer, N./Zellmer, E. (Hrsg.): Lieschen Müller wird politisch. Geschlecht, Staat und Partizipation im 20. Jahrhundert. München: Oldenbourg, S. 85-94.

Ofuatey-Alazard, Nadja (2019): „Eingeborene_r". In: Ofuatey-Alazard, N./Arndt, S. (Hrsg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster: Unrast, S. 683.

Schaser, Angelika (2020): Frauenbewegung in Deutschland 1848-1933. Darmstadt: wbg.

Schmelzer, Pablo (2021): „Black and White, unite and fight". Die deutsche 68er-Bewegung und die Black Panther Party. Hamburg: Hamburger Edition.

Spivak, Gayatri Chakravorty (1985): The Rani of Sirmur: An Essay in Reading the Archives. In: History and Theory 24, 3, S. 247-272. https://doi.org/10.2307/2505169.

Steber, Martina (2021): Staatsbürgerinnen für die Demokratie. Konservative Frauen und die junge Bundesrepublik. In: VfZ 69, 4, S. 713-722. https://doi.org/10.1515/vfzg-2021-0047.

Steyerl, Hito/Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (Hrsg.) (2003): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. Münster: UNRAST-Verlag.

Stoehr, Irene/Pawlowski, Rita (2002): Die unfertige Demokratie. 50 Jahre „Informationen für die Frau". Berlin: Deutscher Frauenrat.

Streubel, Christiane (2003): Frauen der politischen Rechten in Kaiserreich und Republik. Ein Überblick und Forschungsbericht. In: Historical Social Research 28, 4, S. 103-166.

Stritzelberger, Sophie (2020): Tagungsbericht: Aufbrüche: Geschichte der Frauenbewegungen im 20. Jahrhundert, 10.10.2019 - 11.10.2019 Hamburg. <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8577> (Zugriff: 04.12. 2021).

Süchting-Hänger, Andrea (2002): Das „Gewissen der Nation". Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900 bis 1937. Düsseldorf: Droste.

Tripp, Sebastian (2015): Fromm und politisch. Christliche Anti-Apartheid-Gruppen und die Transformation des westdeutschen Protestantismus 1970-1990. Göttingen: Wallstein.

Vechtel, Anne (1994): Der Deutsch-Evangelische Frauenbund: Im Zwiespalt zwischen Protestantismus, Nationalsozialismus und Frauenbewegung. In: Kuhn, A. (Hrsg.): Frauenleben im NS-Alltag. Pfaffenweiler: Centaurus, S. 204-214.